

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erstmal wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Jahr 0.80 RM. frei ins Haus, ein schließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mittag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgelaltene 8 mm hohe (Netto) Zeile aber deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Offerten und Aushang beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 207 71

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 67

Sonntag, den 5. Juni 1932

25. Jahrgang.

Reichstagsauflösung beschlossen

Neuwahlen voraussichtlich Mitte oder Ende Juli

Das Kabinett gebildet

Bestimmung der neuen Minister. — Die erste Kabinettsitzung.

Reichskanzler von Papen hat am Donnerstag mit seinen Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung abgeschlossen. Das Kabinett ist jetzt vollständig auf das Arbeitsministerium, das vorläufig von dem Reichsfinanzminister Prof. Dr. Warmbold interimistisch wird. Die Ernennung der Minister ist bereits vollzogen. Das Kabinett sieht jetzt folgendermaßen aus:

Reichskanzler: von Papen.
Minister: Mitglied des Reichsrats Freiherr v. Gahl.
Reichsminister: Vizekanzler Freiherr v. Neurath.
Minister: Ministerialdirektor Graf Schwerin v. Krosigk.
Reichsminister: Professor Dr. Warmbold.
Reichsminister: Generalleutnant v. Schleicher.
Reichsminister: Freiherr Elz v. Rübenach.
Reichsminister: Dr. Gürtner, der bisherige bayerische Finanzminister.
Erziehung und Volksbildung: Regierungspräsident a. D. Freiherr v. Braun.
Reichsminister: interimistisch Professor Dr. Warmbold.

Die Reichsregierung wurde Donnerstag nachmittag von den Reichspräsidenten vereidigt. Anschließend an die Vereidigung hat das Kabinett zusammen, um ein Regierungsprogramm aufzustellen.

Die neuen Kabinettsmitglieder

Der neuernannte Leiter des Reichsfinanzministeriums ist Graf Schwerin von Krosigk, der im 45. Lebensjahr steht, war zunächst bei der preussischen Verwaltung tätig. Nach dem Kriege kam er als Regierungsdirektor an das Landratsamt in Hinderburg und 1920 in das Reichsfinanzministerium, wo er zunächst in der Finanzverwaltungsabteilung tätig war. Er wurde 1924 Ministerialrat, 1925 Generalsekretär und 1929 Ministerialdirektor und Leiter der Staatsabteilung.

Freiherr von Braun.

Freiherr von Braun, der Ernährungsminister im Kabinett von Papen, wurde 1878 als Sohn eines ostpreussischen Rittergutsbesitzers geboren und war bis zum Kriege Landrat in Wirtlich in der Provinz Posen. Im Kriege wurde er in das Innenministerium berufen. Nach dem Zusammenbruch war er Regierungsdirektor in Hannover. Von der preussischen Regierung wurde er zur Disposition gestellt, da er den Erlaß des damaligen Reichspräsidenten Augustin Winnig, in dem ihm die Befreiung von der Wehrpflicht wurde, in seinem Besitz veröffentlichte. Seit 1927 ist er Generaldirektor der Reichsfinanzverwaltung und in dieser Eigenschaft Mitglied des Reichskabinetts.

Freiherr Elz von Rübenach.

Der neue Reichsverkehrsminister Freiherr Elz von Rübenach steht seit 1924 an der Spitze der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe. Er wurde 1875 in Wahn im Rheinland geboren. Von 1911 bis 1914 war er nach längerer Tätigkeit im preussischen Eisenbahndienst technischer Sachverständiger beim Generalinspektorat in Neustadt.

Der neue Reichsjustizminister Franz Gürtner, der im 61. Lebensjahr steht, war bis zum Kriege als Richter am Reichsgericht in Berlin tätig. Nach dem Kriege wurde er zum Reichsjustizminister ernannt und wurde dann im Jahre 1920 wieder in das Justizministerium berufen. Im August 1922 wurde er als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei bayerischer Justizminister, welches Amt er in allen folgenden Kabinetten bis zum heutigen Tage beibehält.

Hindenburg an Brüning

Das Aufschreiben des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihren Antrag auf Entbindung von Ihren Ämtern als Reichskanzler und Minister des Auswärtigen habe ich mit anliegendem Erlaß entsprochen.

Ich empfinde es schmerzhaft, mich von Ihnen trennen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so viel Gelegenheiten hatte, Ihren tüchtigen Charakter, Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre selbstlose Hingabe an die übernommene Pflicht kennen- und hochschätzen zu lernen.

Für alles, was Sie in diesen an schweren Entscheidungen und wichtigen Entscheidungen so reichen beiden

Jahren im Dienste des Vaterlandes getan haben, spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie im eigenen Namen meinen herzlichsten Dank aus. Die Zusammenarbeit mit Ihnen werde ich nie vergessen und Ihrer Person stets mit größter Hochachtung gedenken. Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen verabschiede ich Ihr treu ergebener
a. d. H. Hindenburg.

Der Auflösungsbeschluss

Zeitpunkt der Wahlen noch unbestimmt. — Wahrscheinlich Mitte oder Ende Juli.

— Berlin, 3. Juni.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag nachmittag beschlossen, den Reichspräsidenten zu bitten, den Reichstag aufzulösen. Wie verlautet, wird der Erlaß des Reichspräsidenten im Laufe des Sonnabend veröffentlicht werden. Am Sonnabend ist auch eine Veröffentlichung der Reichsregierung über ihr Programm zu erwarten. Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen wurde noch kein Beschluss gefasst. Er wird durch eine besondere Verordnung des Reichspräsidenten noch bekanntgegeben, doch rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß die Neuwahlen Mitte oder Ende Juli angesetzt werden.

Es ist bisher üblich gewesen, daß die Erklärung über die Auflösung des Reichstags im Reichstag erfolgt, und zwar durch Verlesung des Erlasses durch den Reichskanzler. Im Jahre 1924 ist aber bereits einmal die Auflösung einfach durch Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichstagspräsidenten verfügt worden. Dieses einfache Verfahren wird auch diesmal gewählt werden. Es stützt sich auf den Artikel 25 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident den Reichstag auflösen kann, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahl muß spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden.

Das Arbeitsprogramm des Kabinetts

Das Kabinett hat sich in der Freitagssitzung auch bereits mit der finanzpolitischen Lage befaßt und mit der Beratung der für den Ausgleich des Staats und der Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge notwendigen neuen Maßnahmen begonnen. Die Verhandlung des neuen Staats nach Notverordnung ist wahrscheinlich. Ob die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA-Organisation der Nationalsozialisten einfach aufgehoben wird, oder ob nach gewissen Plänen, die in den Reichsministerien schon seit einiger Zeit erörtert werden, der Versuch gemacht wird, unter etwas anderen Voraussetzungen die Neubildung von Organisationen der Nationalsozialisten zu ermöglichen, steht noch nicht fest.

Die Haltung der Deutschnationalen

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Freitag in Berlin eine Sitzung ab, in der die durch den Sturz der Regierung Brüning und durch die bevorstehende Reichstagswahl geschaffene Lage behandelt wurde. In einer Entschließung begrüßt die Fraktion es, daß als erste Maßnahme des neuen Kabinetts die Auflösung des Reichstags erfolgt, die der Führer der Deutschnationalen Volkspartei sofort nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vorgelegt haben. Die Deutschnationale Volkspartei sei an der Bildung und Försierung der neuen Reichsregierung unbetätigt. Sie habe also der Regierung gegenüber keinerlei Bindungen. Ihre Haltung werde nicht von der Erfüllung propagandistischer Forderungen oder von wahlpolitischen Gesichtspunkten abhängig sein, sondern allein von der sachlichen Arbeit, die für das Vaterland geleistet werde. Der Wahlkampf müsse die Systemparteien aus der Gestaltung der deutschen Politik ausschalten. Die endgültige Entscheidung über die Richtung der deutschen Politik werde erst nach den Reichstagswahlen fallen. An dieser Entscheidung würden die in der Deutschnationalen Volkspartei verkörpert Kräfte ihren Anteil beanspruchen und durchsetzen. Wiederaufhebung der deutschen Nation werde das Kennwort dieser Wahl sein.

Raas antwortet Papen

Die Erwiderung auf den Kanzlerbrief. — Der Zentrumsführer für Weiterverfolgung der Brüning-Linie.

— Berlin, 4. Juni.

Als Erwiderung auf den Brief des Reichskanzlers von Papen an den Führer der Zentrumsfraktion, Prälat Raas, hat dieser ein Schreiben an den Kanzler gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Wenn Sie in Ihrem Schreiben als ein Motiv die Notwendigkeit einer „Synthese“ aller wahrhaft nationalen Kräfte“ betonen, so umschreiben Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumsfraktion und ich selbst im Sinne der Verwirklichung des nationalen Volkstaates seit Jahren unermüdet arbeiten. Die Verwirklichung eines solchen Gedankens verlangt aber eine möglichst breite Basis, d. h. den ernstgemeinten Versuch zur Zusammenfassung der aus allen Lagern sich zu staatspolitischen Arbeit bereitfindenden Kräfte. Sie unterscheiden zwischen dem Parteiemann und dem Deutschen. In meiner Überzeugung ist für eine solche Teilung kein Platz. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß der Herr Reichskanzler Dr. Brüning in Uebereinstimmung mit meiner Partei und mir den Versuch gemacht hat, die Wahl des Herrn Reichspräsidenten als gemeinsamen Kandidaten des gesamten Volkes jenseits aller politischen Gruppierungen ohne inneren Kampf zu sichern. Diese wahrhaft vaterländische Aktion hat das Verständnis und die Unterstützung auch in solchen Gruppen gefunden, die Sie jetzt aus der nationalen Konzentration ausschließen. Und Sie fand erbitterten Widerstand in Kreisen derer, mit denen Sie die nationale Konzentration jetzt durchführen zu können glauben.“

Indem Sie, verehrter Herr Reichskanzler, dieses Moment einer wirklichen Konzentration hintangelegt haben, sind Sie, wie Sie in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben, von dem auf Volksgemeinschaft eingestellten Grundgedanken der Zentrumsfraktion abgewichen. Sie haben aus diesem Grundbaustein die persönlichen Folgerungen für Ihre politischen Beziehungen gezogen.

Sch bin und bleibe davon überzeugt, daß keine sachlich vertretbare, der inneren Sammlung und der internationalen Friedensarbeit und deutschen Weltgeltung dienende Richtung der deutschen Politik sich von der Linie entfernen kann, welche Herr Dr. Brüning unter namenhaften Mäßen und unbedenklichen Anfeindungen verfolgt hat. Viele von denjenigen, die heute in der Distanzierung von der bisherigen Arbeit und ihren Trägern eine Verbesserung der deutschen Lebensverhältnisse sehen, werden nach meiner Ueberzeugung in kurzer Zeit erkennen, daß der von Ihnen beschrittene Weg ein Irrweg ist.“

Wahl in Mecklenburg

Sieben Wahlvorschläge für die Landtagswahl am 5. Juni.

— Schwerin, 4. Juni.

Am kommenden Sonntag findet in Mecklenburg-Schwerin die Neuwahl des 7. ordentlichen Landtags statt. Im Gegensatz zu den Landtagswahlen früherer Jahre macht sich diesmal die Zersplitterung unter den Parteien nicht so stark bemerkbar. Kleine Parteigruppierungen sind jetzt nicht wieder in Erscheinung getreten.

Der amtliche Stimmzettel weist insgesamt sieben Wahlvorschläge auf: Die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte (die Mieter, Rentner und Staatspartei umfaßt), die Deutschnationale Volkspartei, die Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (bestehend aus Deutscher Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlich-Sozialer Volksdienst) und als 7. Liste die Splitterpartei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Entsprechend der großen Bedeutung, die gegenwärtig die Landwahlen in Deutschland als politisches Stimmungsbarometer für die demnächst in Aussicht stehenden Reichstagswahlen einnehmen, hat die Wahlkommission besonders in der letzten Woche vor den Wahlen mit größter Schärfe eingegriffen. Die stärkste Propagandaarbeit erfüllen die Nationalsozialisten. Der Parteiführer Adolf Hitler spricht in fünf Massenveranstaltungen im Land. Die Deutschnationale Volkspartei wird im Wahlkampf durch ihren bisherigen Fraktionsführer, den Staatsminister a. D. Dr. v. Dergeln, vertreten; ferner beteiligt sich als Vertreter der bisher regierenden Nationalen Rechte der Ministerpräsident Hindenburg an der Werbekampagne für die DNVP. Die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger“ hat als volksparteiliche Vertreter der früheren Reichsfinanzminister Moldenhauer auf den Plan gerufen.

Nach Lage der politischen Verhältnisse in Mecklenburg ist mit einer nationalen Mehrheit im kommenden Landtag zu rechnen.

Hilfer in Güstrow.

Bei der dritten Hülferkundgebung in Mecklenburg-Schwerinigen Wahlkampf in Güstrow erklärte Hilfer, die DNVP sei zu einer Koalition bereit, wor die Aussicht bestehe, nach nationalsozialistischen Grundsätzen zu arbeiten. Die Nationalsozialisten seien aber bereit, die Klassenpolitik der Parteien fortzusetzen.

Vertagung des Landtags

Ein Schreiben Brauns — Keine Wiederherstellung der Geschäftsordnung — Der Mißtrauensantrag angenommen

Kampfstimmung im Landtag

Die Opposition beschließt Herbeiführung des Staatsministeriums. — Die Regierung erscheint nicht. — Ein Brief des Ministerpräsidenten.

— Berlin, 3. Juni.

Am Donnerstag begann im Preussischen Landtag die große politische Aussprache, mit der die Vertagung des Preussischen Landtags verbunden war. Die Sitzung hatte einen lebhaften Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantworteten die Kommunisten die Herbeiführung des preussischen Staatsministeriums, damit es sich vor dem Landtag verantworten. Abg. Rube (Natzos.) stimmte im Namen seiner Fraktion zu, ebenso Abg. Bock für die Deutschnationalen.

Nach heftiger Geschäftsordnungsaussprache, in der die Sozialdemokraten erklärten, daß das zurückgetretene Ministerium nur die Geschäfte weiterführen und keine politischen Handlungen mehr ausüben könne, wurde der kommunistische Antrag auf Herbeiführung des Ministeriums angenommen. Die Sitzung wurde darauf für eine Viertelstunde unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Beratungen teilte Präsident Kretzl mit, daß Ministerpräsident Brauns ihm telefonisch erklärt habe, er sei damit beschäftigt, in einem Brief an den Landtag die Gründe für sein Nichterscheinen darzulegen, da er Zweifel daran habe, ob die Herbeiführung eines bereits zurückgetretenen Kabinetts noch zulässig sei.

Die Nationalsozialisten brachten darauf einen Antrag ein, sämtliche preussischen Minister, die der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialpartei angehören, wegen Verletzung der Versammlung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Der Antrag wurde mit der politischen Aussprache verbunden.

Im Verlaufe der politischen Aussprache verlas Vizepräsident Baumhoff ein Schreiben des Ministerpräsidenten Brauns, in dem als Antwort auf das Ersuchen des Landtages auf Erscheinen der Minister in der Landtagssitzung erklärt wird, daß der Ministerpräsident für Freitag eine

Sitzung des Staatsministeriums einberufen

habe, in der die Frage geklärt werden solle, ob ein zurückgetretenes Kabinett noch verpflichtet sei, vor dem Landtag zu erscheinen.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag

In Begründung des deutschnationalen Mißtrauensantrages und des weiteren deutschnationalen Antrages, der die Beilegung der letzten Geschäftsordnungsänderung der Weimarer Koalition bezweckt, führt Abg. Steiner (Dnat.) aus, daß die Geschäftsordnungsänderung den Charakter einer moralisch ungenügend tiefstehenden parlamentarischen Erklärung trage. Die Deutschnationalen verlangen eine bei Lumige Klärung, welche Parteien gegenwärtig bereit seien, dieses Betrugsmanöver zu bedenken. Der Antrag seiner Fraktion gegen die Regierung Brauns sei kein formeller Mißtrauensantrag, sondern ein Feststellungsbescheid, dessen Zulässigkeit nicht bestritten werden könne. Der neue Landtag hat nach unserer Auffassung die dringende Pflicht, eine beschleunigte Neuwahl eines neuen Ministerpräsidenten zu erzwingen.

Abg. Vied (Komm.) begründete dann einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brauns sowie Anträge auf Einstellung der Zahlungen auf Grund des Youngplans und auf Annullierung des Abfindungsvertrages mit den Hohenzollern.

Abg. Rube (Natzos.)

meinte, vor einer Vereinigung der Angelegenheiten im Reich werde eine Vereinigung der preussischen Regierungsträger zweckmäßig noch notwendig sein. Gegenüber der Börse und sonstigen Leuten, die sich als deutsche Wirtschaft darstellen, erklärte er namens seiner Partei: Wir warnen die Börse vor einer Fortsetzung ihres verwerflichen Spiels. Sollte dieses Spiel der letzten Tage fortgesetzt werden, werden wir die Schließung sämtlicher Börsen in Preußen sofort verlangen.

Wir wünschen einen gründlichen Wandel der Schulpolitik in Preußen.

Da das deutsche Volk christlich ist, ist es auch Pflicht des Staates, dem Wunsch der Eltern aus christlicher Erziehung ihrer Kinder Rechnung zu tragen. Das kann er nicht, wenn er sozialdemokratisch regiert wird. Den kommunistischen Antrag auf Fürstenernennung lehnen wir aus Gerechtigkeitsgefühl ab. Nicht Braun und Seebach haben preussische Geschichte gemacht, sondern die Hohenzollern. (Lärm bei den Soz. — Beifall bei den Natzos.) In einem Staatswesen, das die Interessen der arbeitenden Volksschicht wahrnimmt, gibt es keine kommunistische Partei mehr. Der Nationalsozialismus ist die gottgewollte Selbsthilfe des arbeitenden Deutschlands. Die Nationalsozialistische Partei wird die soziale und nationale Befreiung der Nation bringen, sie wird den preussischen Staat wieder zum Fundament deutscher Größe machen.

Als Abg. Heilmann (Soz.) nunmehr die Rednertribüne betritt, verlassen die meisten Nationalsozialisten den Sitzungssaal. Abg. Heilmann protestiert zunächst gegen die Zusammenkünfte in der zweiten Landtagssitzung und ging dann im einzelnen auf die Ausführungen des Vorredners ein.

Rundgebung für Brüning.

Abg. Letterhaus (Zr.): Der Mann, der jetzt aus der Reichsregierung gedrängt wurde, entkannst unseren Reihen. Ich zu Heinrich Brüning in dieser Stunde zu bekennen, ist ein aufrichtiges Bedürfnis meiner Freunde hier in Preußen (Beifall). Wir haben von Preußen aus immer die Landespolitik untergeordnet unter die Interessen des Reiches, auch weil die außenpolitischen Fragen heute entscheidend für das Schicksal unserer Nation sind. Brüning's Weg, konsequent zu Ende gegangen, hätte Deutschland aus der Umklammerung befreit und die ganze Welt einer erträglichen Zukunft entgegengeführt. (Sehr wahr! im Zentrum).

Abg. Stendel (Dn.) bezeichnet den Antrag, dem zurückgetretenen Kabinett ein Mißtrauensantrag auszusprechen, als überflüssig. Die Nationalsozialisten sollten das Bestreben haben, die bisherige Regierung möglichst schnell zu beilegen; statt dessen wollten sie, wie Abg. Rube ausgeführt habe, bis nach den Neuwahlen im Wege warten.

Abg. Vied (Christl.-Soz.) verurteilt gleichfalls die im allen Landtag getretene Veränderung der Geschäftsordnung.

Abg. Bießer (Dt.-Hann.) bezeichnet es als ein dringendes Erfordernis, daß die Nationalsozialisten endlich in die Verantwortung kommen, damit man sehe, ob sie ihre großen Versprechungen in der Praxis auch einhalten werden.

Die Aussprache im Landtag

Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP.

— Berlin, 3. Juni.

Der Preussische Landtag setzte am Freitag die allgemeine politische Aussprache fort. Bei Eröffnung der Sitzung war die Regierungsbank wiederum leer. Den Rednerreihen eröffnete der nationalsozialistische Abgeordnete Vohje, der gegen die Reden der Regierungsparteien polemisierte und an der bisherigen Wirtschaftspolitik scharfe Kritik übte. Besonders auf wirtschaftlichem Gebiet ist — so führte der Redner aus — seit 1918 eine beispiellose Bankrottwirtschaft getrieben worden. In dreizehn Jahren sind alle Versuche, die Arbeitslosigkeit zu mildern, nicht gelungen. Wir werden niemals in dem Maße exportieren können, daß dadurch die Arbeitslosigkeit behoben werden kann.

Wir müssen zurück zur Binnenwirtschaft, zu einer Art Autarkie, in der das Arbeitslosenproblem gelöst wird. Auch die deutsche Landwirtschaft ist in beispielloser Notlage. Wir sind nicht gewillt, die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes an andere Völker abzutreten. In Mooren und Oedländern und bei Flugregulierungen können Arbeitslose beschäftigt werden. Neue Bauernstellen und Siedlungen könnten entstehen. Aber nichts wird getan. Wir wollen Schutz für die eigene Produktion der Landwirtschaft, damit sie wieder erntefähig und lauffähig wird und dadurch auch die deutsche Industrie wieder in Tätigkeit gesetzt werden kann. Die Linke sagt, wir müssen die Arbeit strecken. Damit wird niemandem geholfen. Streckung bringt weniger Lohn. Dadurch wird die Wirtschaft nicht vorwärtsgerichtet, sondern sie geht zurück. Nicht Kapital schafft Arbeit, sondern nur fleißige Arbeit vermag Kapital und Arbeit zu schaffen.

Wir Nationalsozialisten sind nicht nur Anhänger des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern auch der Arbeitsdienstpflicht. Wenn die ältere Generation Volk und Vaterland verteidigen mußte, so können wir von der jüngeren verlangen, daß sie mindestens ein Jahr Arbeitsdienst leistet.

Wenn eine Million arbeitsfähige junge Menschen in die Arbeitsdienstpflicht eingestellt werden, so wird damit auch einer weiteren Million Arbeit gegeben durch Verkauf von Kleidung, Handwerkszeug usw. Wir wollen keineswegs das Tarifrecht und die sonstigen Rechte der Arbeiter angreifen; wir denken gar nicht daran. Uns wirft man vor, daß unser Währungsprogramm zur Inflation führe. Die Nationalsozialisten sind der Meinung, daß eine Währung nicht abhängig von dem Gold, sondern von dem Gold und dem Silber sein muß. Wir haben in England und in nordischen Staaten. Wir haben ja selbst ein Beispiel gehabt, daß wir keine Goldwährung brauchen. Die Rentenmark, die nach der Inflation geschaffen wurde, war nicht durch Gold gedeckt, sondern durch den deutschen Grund und Boden. Warum sollte das bei einer neuen Währung nicht möglich sein? Wir werden solange wirtschaftlich und finanziell nicht gefunden, als wir abhängig sind von der Weltfinanz. Dieser Zustand kann geändert werden durch eine neue Währung.

Abg. Raifer (Komm.) erklärte, die von den Nationalsozialisten erstrebte Arbeitsdienstpflicht bedeute nichts als die Wiedereinführung des Kassenordnungsrechts für die Jungproleten. Der Redner appelliert an die Jugend, sich zusammenzuschließen mit der NSD. zum Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht, Hunger und Faschismus.

Abg. Aulse (Staatsp.) wurde von den Nationalsozialisten mit Beifall und Rufen empfangen wie „Ihr kommt nächsten ins Museum für Völkerrunde!“ Die Mehrzahl der Nationalsozialisten verließ den Sitzungssaal. Abg. Aulse führte aus: Von den Nationalsozialisten, die jetzt im Preussischen Landtag die stärkste Partei sind, haben wir bisher keinen positiven Antrag zu Gesicht bekommen. Weder zu den großen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, noch in politischer Hinsicht oder hinsichtlich der Not der Gemeinden haben die Nationalsozialisten Positives beizubringen. Auf die Dauer wird es aber das deutsche Volk nicht täuschen lassen.

Abg. Freisler (Natzos.) meinte, es sei keine Ueber-treibung, wenn man sage, die Reichspräsident habe sich auf dem gesamten politischen Gebiet zur Dineren eines parteipolitischen und einseitigen Systems gemacht. Nicht nur auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Staatsordnung, der Reichspflege, des Polizeiwesens, der öffentlichen Sicherheit haben sich die offiziellen Machtmittel des Staates zum Diner einer Parteiwählführerschaft gemacht, mit gleicher Schamlosigkeit ist man daran gegangen, zwei Klassen einander gegenüberzustellen. Ihre nach links Verurteilung vor der Geschichte und vor dem preussischen Volk steht fest, daß das deutsche Volk hat sich von ihnen abgewandt. Wer das als Ergebnis einer dreizehnjährigen Regierungstätigkeit bucht, darf nicht eine Minute länger bleiben und muß verschwinden. Ein Verbleib das nicht, dann, bitte zum nächsten Satz! Die nächste Satz wird Ihnen endgültig klar machen, daß Sie abgewirtschaftet haben.

Abg. Koenen (Komm.) bemerkt, daß auch nur ein einziger nationalsozialistischer Redner außer den Phrasen und der Artikulation nur einen einzigen Vorschlag zur

Besserung des Votums der Erwerbslosen gemacht hat, zu den Natzos, können keinen Vorschlag machen, man aus dem heutigen Wirtschaftsstand heraus, weil die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft nicht anzu greifen können.

Abg. Drägemüller (Soz.) bezeichnete die Aussprache über das Verhalten der Staatsregierung als vollkommen unberechtigt. In diesem Landtag, so erklärte der Redner, ist auch einmal ein Antrag gestellt, daß der Staatsregierung ein Austritt aus dem Preussischen Landtag unter allen Umständen unterbunden werden müsse. Damals war der Antragsteller ein Parteiführer des Herrn Rube. Ein Erscheinen des Kabinetts vor dem Landtag war gestern um so weniger notwendig, als Rube versichert hat, daß für die Nationalsozialisten eine Bereinigung der preussischen Regierungsfrage noch so notwendig sei.

Damit schloß die Aussprache. Präsident Kretzl las die inzwischen eingegangene

Antwort des Ministerpräsidenten Brauns

auf den Beschluß des Landtages auf Herbeiführung des Staatsministeriums. In dem Briefe heißt es: Die Reichsregierung hat die Bestimmungen der Verfassung auf das geschäftsführende Staatsministerium Anwendung finden lassen. Die in der Verfassung vorgesehenen Bestimmungen sind in der Reichsregierung befolgt worden. Die Reichsregierung hat die Bestimmungen der Verfassung auf das geschäftsführende Staatsministerium Anwendung finden lassen. Die in der Verfassung vorgesehenen Bestimmungen sind in der Reichsregierung befolgt worden.

Im übrigen sei das Staatsministerium der Ansicht, daß es gegen jeden parlamentarischen Brauch und gegen den Geist der Verfassung verstoße, Mißtrauensanträge gegen eine zurückgetretene Regierung zu stellen und im Parlament zu verhandeln.

Das Staatsministerium habe den Wunsch, die Regierung der Geschäfte sobald als möglich einer verfassungsmäßig zustandekommenen neuen Regierung zu übergeben und würde es begrüßen, wenn der Landtag sich bald seine verfassungsmäßige Aufgabe erfüllen und einen neuen Ministerpräsidenten wählen würde.

Wiederherstellung der Geschäftsordnung abgelehnt

Darauf begannen die Abstimmungen, zunächst über den deutschnationalen Antrag, die Geschäftsordnung des alten Landtages, die bis 11. April 1932 gültig war, also ohne die am 12. April beschlossene Änderung, bis auf weiteres als Geschäftsordnung dieses Landtages anzunehmen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 212 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, dem Geschäftsministerium Brauns-Gebier das Mißtrauen auszusprechen, wurde mit 253 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Die anderen Parteien entzogen sich der Abstimmung, weil sie diese nicht für zulässig hielten. Der deutschnationale Antrag, wonach das Geschäftsministerium nicht das Vertrauen des Landtages habe, war damit erledigt.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Kommunisten, alle Zahlungen auf Grund des Youngplans und die Zinsen- und Tilgungszahlungen für die Darlehen einzustellen, ergab sich die Befehlsmehrheit des Hauses, da nur 129 Karten abgegeben worden waren. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 22. Juni stattfinden.

Schleicher an die Reichswehr

Aufruf des neuen Wehrministers.

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgende Rundgebung erlassen: Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen der Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Reichswehr, berufen hat. Ich werde meine Kraft dem Reich widmen, das die Reichswehr dazu beauftragt wird, die Souveränität zu erfüllen, Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Ehre zu wahren. Ich werde mich bemühen, die geistigen und physischen Kräfte unserer Reichswehr zu stärken, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden.

Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatsache, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht haben, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Ich werde darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwalten.

Reichskommissar für Preußen

Zur Beilegung der Unordnung in den Finanzen. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt, man schiene sich in der Regierungstruppe mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Verhältnisse in Preußen in absehbarer Zeit die Einsetzung eines Reichskommissars notwendig machen werden. Man glaube nämlich, daß in Preußen nicht gelingen werde, die Finanzen in Ordnung zu halten. Die Feststellung einer von Parlament und Regierung nicht zu belegenden Unordnung in den Finanzen würde zum Unlängsten eine Reichskommission einzusetzen. Die zur Zeit unzulässigen Gerüchte, daß zugleich mit dem Reich auch in Preußen eine neue Regierung solle, seien, soweit sich über feststellen lasse, unbegründet.

Aus der Heimat

Ernterwerb, den 4. Juni 1932

Erdbeeren

Der Monat Juni bringt uns eine Mannigfaltigkeit köstlicher Früchte und Genusmittel, es sind Beeren und Obst. Die wichtigste der Erdbeere beginnt der Reifezeit. Die Erdbeere stammt, ist einheimisch in Europa von den Pyrenäen und Appalachen bis nach Madeira, Spanien und Griechenland, in Kleinasien, in Nordamerika von der Nordküste bis zur Sierra Nevada in Kalifornien. In Europa war die Erdbeere wohl nur als Sammelgut bekannt, wie es ja heute bei uns die Waldbeere ist. Aus der Steinzeit liegt ein Fund von Erdbeeren in der Grotte von Vézère in Frankreich vor. Es handelt sich um eine sehr alte, aber nicht sehr gute Erdbeere. Die Erdbeere ist in der Steinzeit in die Gärten gekommen. Es bestätigt dies die Annahme, daß die Erdbeere im Mittelalter und in die Neuzeit hinein eine Sammelfrucht war.

Aber, daß sie schon früher beliebt und wertgeschätzt war, läßt sich erweisen. Im lateinischen Gedicht des 10. Jahrhunderts, die Maheleinischen, werden die Erdbeeren stets als Marienfrucht bezeichnet. Die Erdbeeren in verschiedenen Spielarten war dem Mittelalter unbekannt und ist wahrscheinlich aus Amerika in die europäischen Gärten gelangt. Geschichtlich bezeugt ist die Einführung der Erdbeerkultur in englische Gärten (1629) und nach Frankreich (1715).

Die in den Gärten gezogenen Erdbeeren sind teils durch Züchtung veränderte reine Arten und Formen davon, teils durch Kreuzung. Die Sorten sind fast unzählige, und alljährlich kommen neue hinzu. Besonders beliebt sind die Ananas-Erdbeeren, die vorzugsweise die größten Früchte und ein regelmäßiges köstliches Aroma haben.

Der Anbau von Erdbeeren ist überall in kleinem Maßstab möglich. Im Kleinbetrieb kann durch entsprechende Bodenbearbeitung und Düngung jeder Boden erdbeerenfähig gemacht werden. Ein „Erdbeerenboden“ muß „graswüchsig“ sein, das heißt, die Erdbeeren verlangen sehr viel Wasser und müssen in leichtem Boden besonders in der Blütezeit und vor der Fruchtzeit häufig begossen werden, weil sie sonst nicht anwachsen und klein bleiben. Bei gepflanzten Erdbeeren ist jedoch, wenn man es irgend umgehen kann, das Gießen zu vermeiden, weil sie dadurch ihres würzigen Aromas und Geschmacks zum großen Teil beraubt werden. Die Erdbeeren sind nicht nur sehr wohlschmeckend, sondern auch sehr gesund; sie werden deshalb als allgemein befeuchtendes Lebensmittel entweder ganz roh oder irgendwie zubereitet, z. B. mit Wein und Zucker übergossen, als Kompott gegessen. Auch als blutreinigendes Gesundheitsmittel sind sie sehr geeignet; es werden ja auch regelrechte „Erdbeerenkur“ gemacht. Daher gelten die Erdbeeren bei den Essenskranken auch als Schönheitsmittel zur Verbesserung des Teints. Bei Männern haben die Erdbeeren eine andere, ganz besondere Schätzung: sie sind die beliebteste Frucht zur Sommerezeit.

Dr. B.

Berufung. Von der Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP wird uns geschrieben: „Am Dienstagabend sprach im Grünen Baum der Nationalsozialist Herr Bittenbauer über das Thema: Das wahre Gesicht Rußlands. Auf Grund eines längeren Aufenthaltes in Rußland, während dessen es Herrn Bittenbauer möglich war, Moskau zu besuchen und die Provinz auf das genaueste kennen zu lernen, konnte er ein klares Bild der Not und des Elends des kommunistischen Sowjet-Paradieses“ entwerfen. Interessieren dürfte, daß in diesem 163 Millionen-Volk nach Angaben Stalins höchstens 4 Mill. Kommunisten leben, die über das übrige Volk herrschen. Rußland ist genau so kapitalistisch wie alle anderen Staaten, nur daß infolge der Revolution das Kapital in die Hände einiger roten Machthaber gekommen ist. Im übrigen geht es dem russischen Volk noch viel schlimmer, wie vor der Revolution, denn Rußland muß die Lebensmittel, die es für sich selbst bitter nötig hätte, als Tauschmittel in das Ausland liefern und dadurch leidet der größte Teil des Volkes. Die Not ist so groß, daß die meisten Frauen darauf angewiesen sind, in den Fabriken zu arbeiten, denn nur wer arbeitet, erhält Marken für billige Lebensmittel, während im freien Handel die Preise nicht zu bezahlen sind. So kosten z. B. 10 Eier 6 Rubel, das sind über 12 Goldmark. Der Arbeiter verdient aber nur durch 12 Goldmark 60—120 Rubel. Auch der Landwirtschaft geht es sehr schlecht, denn alles, was erzeugt wird, gehört nicht dem Bauer, sondern er muß es an die Regierung abliefern. In B. besitzt ein Dorf mit 40 Bauernfamilien höchstens noch 40 Rüge, von denen es aber noch Milch abliefern muß. Viehe sind nur noch sehr selten vorhanden und gehören der Allgemeinheit. Kommt aber eine ausländische Arbeiterdelegation nach Rußland, so führt man diese in eigens für diesen Zweck eingerichteten Paradedörfer, da der Glaube der Kommunisten an Rußland, trotz dem sie mancher schon, der als Kommunist nach Rußland gegangen wäre, als guter Deutscher zurückgekommen. Als Diskussionsredner sprach ein Kommunist, Herr Sippel, der auch in Rußland gewesen ist. Er beschränkt sich im großen ganzen darauf, sich in Beschäftigungen gegen Herrn Bittenbauer zu ergehen, ohne viel von Rußland zu erzählen. Seine Ausführungen erregen oft köstliche Heiterkeit.

Die Wetterlage. Es wird sich Gewittertätigkeit mit nachgehender Abkühlung einstellen, doch dürfte es im Anschluß daran rasch wieder zu Beruhigung und neuer Wärmezunahme kommen. Für längere Zeit beständig heiteres und trockenes Wetter ist jedoch auch dann nicht wahrscheinlich.

Kassel. Das Befinden des einem Mordanschlag zum Opfer gewordenen Dr. med. Salomon hat sich erfreulicher Weise gebessert. Man hat in der Göttinger Klinik den Sitz der in den Hinterkopf eingedrungenen Kugel entfernt. Das Geschloß, das vorläufig nicht entfernt werden kann, liegt in einem sogenannten „Krummen Bezirk“, wo es

das Gehen nicht in Mitleidenschaft ziehen kann. Immer vorausgesetzt, daß keine Komplikationen eintreten, ist nunmehr begründete Aussicht auf Erhaltung des Lebens des Arztes vorhanden.

Gudensberg. Gestern nachmittag waren vier Frauen auf dem Freizeid des Rittersgutbesizers Spengler in Kirchberg bei Fricklar mit Ochsen beschäftigt. Als ein Gewitter heraufzog und Regen einsetzte, schlug eine der Frauen vor, trotz des Regens nach Hause zu gehen. Die anderen überredeten sie jedoch, unter einem Birnbaum Schutz zu suchen. Kurz darauf schlug der Blitz ein, tötete 2 der Frauen und verletzte eine schwer die andere leicht. Die schwer verletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Toten sind Frau Bachmann und ein Fräulein Siebert aus Kirchberg.

Wienhausen. Eine Zwangsversteigerung eines landwirtschaftlichen Anwesens in Widdershausen wurde von den Landwirten der Umgebung gestoppt. Das Anwesen sollte versteigert werden, weil der durch Unwetter im vorigen Jahre geschädigte Landwirt die Pachtsumme nicht aufbringen konnte.

Kassel. Heute nachmittag gegen 5 Uhr ging über Kassel und die nähere Umgebung der Stadt ein schweres Hagelwetter nieder, das nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten schweren Schaden angerichtet hat. Die Obst- und Getreidefelder haben schweren Schaden genommen. Die Wälder der niedersaulenden Hagelkörner, die Taubenergrößen halten, war so gewaltig, daß neben Fensterscheiben auch Telefon- und Telegraphenleitungen zerklüftet wurden. Ein gleichzeitig niedergebender ungewöhnlich starker Regen überflutete verschiedene Stellen, so daß die Kassel-Motorpforte in Tätigkeit treten mußte.

Aus Stadt und Land

Schlagerien in Breslau. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es in den Abend- und Nachtstunden zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern. Es gab eine Reihe von Verletzungen. Nach dem Polizeibericht gab in der Schweibitzer Straße ein Reichsbannermann aus einer Schredschußpistole einen Schuß ab, durch den zwei Nationalsozialisten im Gesicht verletzt wurden. Auf dem Neumarkt wurden einige Nationalsozialisten verletzt. Im Mitternachts überfielen Kommunisten in der Girsch- und Laurentiusstraße Nationalsozialisten. Die Kommunisten hatten Jannetten vom Laurentius-Friedhof abgerissen und schlugen damit auf ihre Gegner ein. Nach dem Bericht der Polizei wurde ein Nationalsozialist mit Verletzungen am Ober- und Unterleib in ein Krankenhaus gebracht. Bei den Zusammenstößen waren nach Angabe der Polizei durchweg Jugendliche beteiligt. Es wurden sechs Personen verhaftet, die nach ihren Angaben keiner Partei angehören.

Sturm in der Dobruška. Nach einer Meldung der „Donaupost“ aus Bukarest wütete in der Dobruška ein schwerer Sturm, der besonders in der Umgebung von Ismail großen Schaden anrichtete. Ein Haus mit 20 Anwohnern wurde zerstört. Viele Personen wurden getötet, die übrigen mehr oder minder schwer verletzt.

Schiffszusammenstoß im Kanal. Im Kanal stießen zwei dichter Nebel der schwedische Dampfer „Oscar Gorthon“ und ein kleiner englischer Dampfer namens „Castle Calton“ zusammen. Die „Castle Calton“ sank innerhalb weniger Minuten. Es gelang dem schwedischen Dampfer, der nur leicht beschädigt war, die gesamte Beladung zu retten.

Eine Kathedral-Kirche in Windhut eingeweiht. In Windhut, der Landeshaupstadt von Südwestafrika, fand die feierliche Einweihung einer katholischen Kathedral-Kirche in Anwesenheit des Administrators der Südafrikanischen Union, der Vertreter des Deutschen Reiches und der deutschen Bevölkerung statt. Der Bischof von Südwestafrika feierte das Pontifikat. Den schönsten Schmuck der Kirche bilden 10 große bunte Glasfenster mit Darstellungen des Lebensweges Christi nach Entwürfen der Mapherschen Hofkunsthandlung in München. Ganz aus Mitteln der deutschen Bevölkerung entstanden, ist die neue Kathedral-Kirche ein sichtbares Zeichen für das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Eifer der deutschen Bevölkerung in Südwest.

Artillerie-Offizier von einer Granate getötet. Leutnant Werner Leine von der 3. Abteilung des Artillerie-Regiments 5, Ludwigshafen, war als Offizier zur Beobachtung am Ziel während des Schießens kommandiert. Aus Dienstinteresse ließ sich der Offizier verstellen, entgegen den Bestimmungen den schützenden Unterstand vorübergehend zu verlassen. Er wurde von einer in der Nähe einschlagenden Granate getroffen und sofort getötet.

Neue Mäde Willins. Sir Hubert Willins ist im Flugzeug in Kopenhagen eingetroffen, um nach Bergen weiterzufahren, wo er mit Prof. Overpud wegen seiner neuesten U-Boot-Vorleserprediktion, die, wie er sagt, entweder 1933 oder 1934 stattfinden soll, verhandeln wird. Er erklärte, es handle sich nicht um Sensationsmacherei oder Tollkühnheit, sondern er wolle mit einem neuen U-Boot, das jetzt gebaut werde, wieder nach dem Norden, um Versuche zu machen, von denen er große Ergebnisse erwartet. Er werde diesmal nur 10 Mann mitnehmen.

Neuer Geschwindigkeitsrekord. Der französische Flieger Maffiot hat den seit 1924 bestehenden Weltrekord im Geschwindigkeitsfliegen über 500 Kilometer gebrochen. Maffiot stieg an Bord eines Jagdflugzeuges auf und legte die 500 Kilometer bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 308,8 Kilometer pro Stunde zurück. Der alte Rekord betrug 306,7 Kilometer.

Mord und Selbstmord. In der Nähe von Paris erschoss aus bisher unbekannten Gründen ein Kaufmann seine 36-jährige Frau, dann seinen 16-jährigen Sohn und jagte sich schließlich selbst eine Kugel in den Kopf. Man vermutet, daß er in einem Anfall von Geistesgestörung gehandelt hat.

Flugzeugabsturz bei Berlin

Fünf Schwerverletzte.

Freitag nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Johannisthal ein Flugzeug der Semmler-Werke ab. Das Flugzeug schlug auf einen Arbeitsraum auf und durchschlug das Dach. Hierbei wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Das Flugzeug ist vollkommen zertrümmert. Die Feuerwehr mußte fünf Schwere und drei Leichtverletzte ins Krankenhaus schaffen.

Der Flugzeugführer ist unverletzt geblieben. Von den Verletzten acht Arbeiter ist eine 25-jährige Arbeiterin gestorben. Die anderen Verunglückten sind außer Lebensgefahr.

In der Nähe von Würzburg stürzte ein Kunstflugzeug tödlich ab. Als er in etwa 1000 Meter Höhe Loopings ausführte, brach plötzlich eine Tragfläche ab. Das Flugzeug stürzte in die Tiefe. Der Flugzeugführer, ein Westfale, erst in 30 Meter Höhe abprallend, konnte sich der Fallschirm nicht mehr öffnen. Der Flugführer blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen.

Eisenbahnunfall

durch Berggrutsch

Einige Reisende verletzt.

— Trier, 4. Juni.

Ein von Hermesfeld nach Simmern fahrender Personenzug fuhr in der Nähe der Station Lutzerath auf kurz vorher abgestürzte Felsmassen auf. Der Lokomotivführer hatte das Hindernis bemerkt, konnte aber trotz Schnellbremsung ein Ausfahren nicht mehr verhindern. Hierbei entgleiten Lokomotive und Pannwagen. Durch den Anprall wurden mehrere Reisende in den Personenzug verletzt. Einer von ihnen mußte mit einer Brustverletzung in das Krankenhaus in Simmern eingeliefert werden. Die übrigen trugen nur leichtere Verletzungen davon.

Schnellzug fährt auf Prellbock

In einem Bahnhof von Buenos-Aires fuhr ein von La Plata kommender Schnellzug mit großer Geschwindigkeit infolge Verlassens der Bremsen gegen einen Prellbock. Die Lokomotive fuhr um und mehrere Wagen schoben sich ineinander. Bisher wurden 40 Verletzte geboren, unter denen sich zahlreiche Schwerverletzte befinden.

Sport

Die Hanns Braun-Gedenkstiftung über 50x300 Meter. Die in Berlin vom BSVV ausgetragen wurde, gewann der Potsdam-Berlin-Sieger Polizei mit 125 Meter Vorsprung vor dem Deutschen Sportklub. Der Berliner Sportklub und der Sportklub Charlottenburg hatten bedauerlicherweise keine Mannschaften geschickt.

Deutscher Reiterfest in Wien. In der österreichischen Hauptstadt fand eine Offiziers-Geleitschule zum Ausstieg, bei der die teilnehmenden Deutschen sehr erfolgreich abschnitten. Gabels auf den Leutnant Both von der Kavallerie-Schule Hannover kam mit Reubal unter Oberleutnant Wolf-Ungarn im toten Rennen als erster durchs Ziel. Den dritten Platz belegte ebenfalls ein deutsches Pferd, der Sergeant unter Oberleutnant Mertz, während das dritte deutsche Pferd unplatziert blieb. Das Rennen über 4000 Meter um 6500 Schilling.

Der Mannheimer „Amicitia“ startet in diesem Jahre mit seiner Altersmannschaft unter dem Namen: Renn-Gemeinschaft M.V. „Amicitia“. Frankfurter R.G. „Germania“, die Villingen, der im Alter auf 6, im Wier auf 4 rubert. Miliad seines Vereins geblieben ist.

Die Deutschen ausgeschieden. Fr. Krahwinkel unterlag Frau Moos-Wills bei den französischen Tennismeisterschaften 6:3, 10:8 nach einem prächtigen und ebenbürtigen Kampf. Gilly Augen gab nach dem zweiten Satz gegen Betty Kuthal auf, nachdem das Spiel 7:5, 4:6 stand. Die Deutsche litt wahrscheinlich noch an den Folgen ihrer Krankheit. — Brenn gewann das Herrenpaar 6:2, 6:1. Im Finale des Berliner Golf-Weiß-Turniers gegen Saech, Frau Rau-Denfer holten sich das gemischte Doppel. Im Endspiel des Herrendoppels siegen Brenn-Denfer.

Die Kriegsbeschädigten an die Reichsregierung

— Berlin, 4. Juni.

„Das Maß des Erträglichen bereits überschritten.“ Aus Anlaß der Bildung der neuen Reichsregierung hat die Arbeitsgemeinschaft des Reichsverbandes und Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen in einem Telegramm an die Reichsregierung u. a. darauf hingewiesen, daß die bisherigen Rentenerhöhungen und das durch Notverordnungrecht geschaffene Ruben von Renten das Maß des Erträglichen bereits überschritten hätte. Die durch die bisherigen Notverordnungen geschaffenen Härten und Ungerechtigkeiten müßten wieder beseitigt werden.

Politische Rundschau

— Berlin, den 4. Juni 1932.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion trat zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die politische Lage.

Höring von der Bundesführung des Reichsbanners zurückgetreten. Der bisherige erste Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Otto Höring, hat dem Bundesvorstand mitgeteilt, daß er von der Bundesführung zurücktrete und aus dem Bundesvorstand ausscheide. Die tatsächliche Leitung des Bundes lag bekanntlich schon seit Ende des vorigen Jahres in den Händen des geschäftsführenden Bundesvorsitzenden Karl Hörmann.

Vapen aus der „Germania“ ausgeschieden. Herr von Vapen hat infolge seiner Ernennung zum Reichsanzwiler sein Mandat als Aufsichtsrat der Germania-Mitgliedschaft und damit den Vorstich im Aufsichtsrat niedergelegt. Die Leitung des Aufsichtsrats der „Germania“ übernimmt nunmehr Dr. h. c. Florian Alsdner, der gleichfalls Hauptaktionär dieses Unternehmens ist.

Wechsel in der Reichspresseabteilung. Der in den auswärtigen Angelegenheiten bisherige Leiter der Reichspresseabteilung, Ministerialdirektor Bechlin, der für einen Auslandsposten auszuweichen ist, verabschiedete sich von der Presse. An seine Stelle ist der bisherige Ministerialdirektor in der Presseabteilung, Dr. v. Kauffmann, zum Reichspressechef ernannt worden.

Die Überführung der sterblichen Überreste des ehemaligen französischen Außenministers Briand nach Cocherel und seine Beisetzung im Garten seines dortigen Sommeraufenthalts ist nunmehr endgültig auf den 3. Juli festgesetzt.

China hat dem Völkerverbund eine neue Denkschrift übermittelt, in der ein dringender Ruf an die außerordentliche Vollversammlung gerichtet wird, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Verschärfung der gespannten militärischen Lage in der Mandchurien zu verhindern.

